

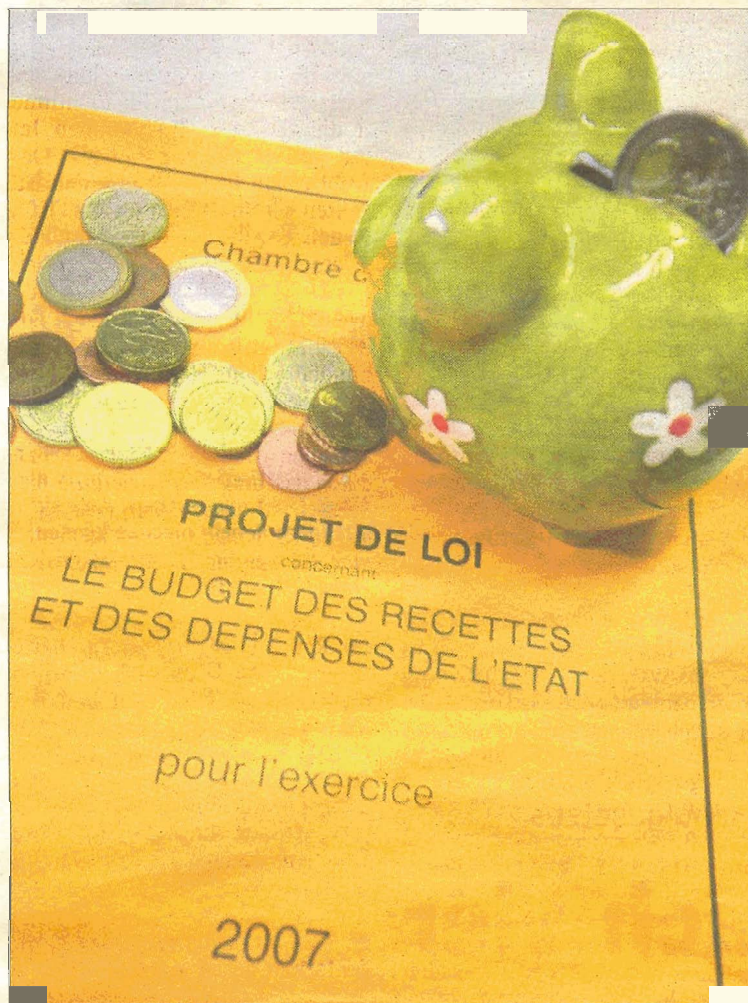
Ein Gesetz, viele Interpretationen

Konjunkturelles Hoch, strukturelles Tief oder doch alles in bester Ordnung?

VON LAURENT ZEIMET

Zurzeit legen die Berufskammern ihre Gutachten zum Staatsbudget vor. Die Interpretationen weichen streckenweise stark voneinander ab. Während die einen strukturelle Mängel erkennen, heben andere die wirtschaftliche Erholung hervor.

Die konjunkturelle Lage sei zwar günstig, aber die Wettbewerbsfähigkeit des Landes lasse weiterhin zu wünschen übrig, so die Einschätzung der Handelskammer. Dieses Paradox erkläre sich durch die guten Resultate des Finanzplatzes, die für ein hohes Wirtschaftswachstum sorgen würden. Das könne jedoch nicht über die strukturellen Probleme des Landes hinwegtäuschen. Eine hohe Inflation, eine hohe Arbeitslosigkeit und ein mangelhaftes Bildungssystem würden die Luxemburger Wirtschaft im internationalen Vergleich benachteiligen. Von einer Erholung der öffentlichen Finanzen könne noch keine Rede sein. Das Defizit verringere sich nur langsam, die Reserven seien fast aufgebraucht, die Schulden steige, einige Einnahmen stagnierten und die Sozialversicherungen seien langfristig nicht abgesichert. Die Handelskammer begrüßt zumindest, dass die Ausgaben wieder langsamer ansteigen. Dies sei aber unzureichend, um ein dauerhaftes budgetäres Gleichgewicht herzustellen, vor allem gemessen an den Investitionen, die der Staat in den nächsten Jahren tätigen müsse, um der demografischen Entwicklung angemessen zu begegnen. Trotz guter Konjunktur und Tripartite-Einsparungen in Höhe von 390 Millionen Euro, reduziere sich das Defizit des Zentralstaats lediglich um 120 Millionen Euro. Zwei Drittel der Einsparungsmaßnahmen, die mit den So-



Sparhaushalt 2007: Ohne Geld ist kein Staat zu machen. (FOTO: ANOUK ANTONY)

zialpartnern beschlossen wurden, seien bereits wieder ausgegeben worden, bedauert die Handelskammer. Weiteres Sparpotenzial in Höhe von 210 Millionen Euro machte die Handelskammer im Budgetentwurf aus, prominentes Opfer ihres Rotstifts wäre die Mammarent.

Strukturelle Reformen seien unabdingbar, in diesem Punkt überschneidet sich die Handelskammer mit den Kollegen der Hand-

werkerkammer. Wenn nötig müssten diese Reformen eben in die Wege geleitet werden, ohne dass ein Konsens besteht, heißt es forsch bei der Handelskammer. 2007 sei die letzte Gelegenheit für die CSV/LSAP-Koalition, unpopuläre Entscheidungen im Haushalt zu treffen. Beim Budget 2008 hätten die Politiker bereits den Wahltermin 2009 vor Augen.

Sorgen bereitet der Handelskammer, dass zurzeit der nötige

finanzielle Spielraum fehlt, um die staatlichen Reserven in den Spezialfonds aufzustocken. Sollte die Konjunktur abflauen, könne man unter diesen Umständen nicht gegensteuern. Die Finanzlage erlaube leider auch keine weiteren Steuererleichterungen, um den Standort weiterhin attraktiv zu halten.

Die Vertretung der Privatangestellten findet es ungerecht, dass die Steuerlast in zunehmendem Maß von den Arbeitnehmern getragen werden muss. Weitere Steuergeschenke an Großunternehmen könnten angesichts der Spar-Diskussion nur als „zynisch“ gewertet werden. Die Privatangestellten hätte es interessiert, in welchen Bereichen der Staat die laufenden Kosten habe drosseln können.

Im Gutachten der Staatsbeamten wird die Lage natürlich deutlich anders dargestellt. Die wirtschaftliche Erholung sei besser als gemeinhin dargestellt. Auch um den Finanzplatz macht sich diese Kammer weniger Sorgen, da sich das Angebot an Dienstleistungen in den vergangenen Jahren ausdehnt und konsolidiert habe.

Bedauern tun die Staatsbeamten die Verwirrung die gewollt oder ungewollt durch die verschiedenen Darstellungen der Budgetzahlen entstanden sei. Die Ausgaben würden nämlich nicht wie dargestellt lediglich um 3,6 Prozent steigen, sondern um fünf Prozent. Bei einem anzunehmenden Wirtschaftswachstum von nahezu 5,5 Prozent sei dies durchaus zu vertreten. Die Staatsbeamten sehen bis auf weiteres keinen Grund zur Fortführung der Sparpolitik und nutzen die Gelegenheit ihren Standpunkt in Sachen Gehälterverhandlungen im öffentlichen Dienst noch einmal deutlich zu machen. Eine Einmischung aus dem Privatsektor verbittet man sich.